FH-TV-01

Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	08.03.2017
Tagesordnungspunkt:	FH.FH-TV Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. In unseren Dörfern und Städten begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, verschiedenen Hautfarben und Geschlechtern. An unseren Schulen bringen Kinder unterschiedlichster Herkunft ihre Geschichten und Biografien ein. In Unternehmen arbeiten Junge und Alte, Frauen und Männer aus vielen Kulturen miteinander. Es gibt in unserem Land Familien, in denen über drei Generationen hinweg verschiedene Religionen und Sprachen durch Partnerschaft und Ehe zusammengekommen sind. Diese Vielfalt bereichert unser Land. Wir Grünen schauen auch hin, wenn Unterschiede zu Spannungen und Problemen führen. Ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt muss gut organisiert werden, mit klaren und gleichen Regeln für alle. Das ist eine gemeinsame Aufgabe, die uns allen etwas abverlangt und von der wir alle profitieren.

Menschenfeindliche Ideologien verhindern Integration und gefährden den gesellschaftlichen Frieden – egal ob sie Rassismus, Islamismus, Antisemitismus oder Antiziganismus heißen. Solchen Angriffen stellen wir Grünen uns mit aller Entschlossenheit entgegen. Wir stehen für eine Gesellschaft, in der jede und jeder sicher und selbstbestimmt leben kann und die individuelle Freiheit sowie die persönliche Identität geschützt sind. Sie erfahren erst dort eine Grenze, wo die individuelle Freiheit anderer eingeschränkt wird. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die in ihrer Vielfalt zusammenhält und die Menschen vor Diskriminierung schützt. In der alle Menschen die gleichen Rechte und Pflichten haben, in der alle am sozialen und demokratischen Leben gleichberechtigt teilhaben können.

In einer offenen Gesellschaft müssen Konflikte friedlich und demokratisch ausgetragen werden. Deshalb wollen wir das Wissen über Demokratie in unseren Bildungseinrichtungen stärken. Wir fördern, dass sich in Sportvereinen, Museen, Theatern oder Behörden gesellschaftliche Vielfalt abbildet. Im Alltag kommt es immer noch oft zu Benachteiligungen gegenüber einzelnen Gruppen und Personen. Wir wollen daher das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) reformieren und ein Verbandsklagerecht einführen. Roma und Sinti sind seit Jahrhunderten in vielen Ländern Europas ganz besonders rassistischen Anfeindungen und Ausgrenzungen ausgesetzt – auch bei in Deutschland. Es wird Zeit, dass wir uns als Gesellschaft mit der Situation von Sinti und Roma ehrlich institutionell auseinandersetzen.

Ein klarer Rahmen für das friedliche Zusammenleben der Religionen

Eine vielfältige, offene Gesellschaft baut auf die Grundrechte des Grundgesetzes. Sie halten unsere Gesellschaft in ihrer Vielfalt zusammen und sichern das friedliche Zusammenleben. Dazu gehört, dass Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, Kultur und Weltanschauung selbstbestimmt leben und sich gegenseitig respektieren. Das gilt sowohl für diejenigen, die neu dazukommen, als auch für diejenigen, die schon lange hier leben.

Alle Menschen müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben, keinen Glauben zu haben oder gemeinsam einen Glauben zu pflegen – seien sie jüdisch oder christlich, muslimisch oder alevitisch, Humanist*innen, Atheist*innen oder frei von religiös-weltanschaulichem Bekenntnis. Religiöse Lehren, Praktiken und Traditionen dürfen kritisiert werden, auch in der Kunst. Die Zahl der Menschen ohne organisierte religiöse Bindung ist gestiegen. Nicht nur ihnen, auch der wachsenden Vielfalt der Bekenntnisse in Deutschland wollen wir gerecht werden, etwa in der Wohlfahrtspflege oder der öffentlichen Trauerkultur.

Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften können eine wichtige Säule einer lebendigen Demokratie sein. Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben heraus gemeinsam mit uns
für Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut in ihrer Nachbarschaft. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Zu Pluralität und Demokratie gehört, dass sie sich Kritik und dem öffentlichen Diskurs stellen, eigene Ansichten nicht verabsolutieren und insofern nicht fundamentalistisch agieren. Egal wie wichtig es dem Einzelnen ist und um welches religiöses Bekenntnis es geht: Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz. Religiösem Extremismus und Fanatismus stellen
wir uns entschieden entgegen.

Für uns Grünen gehört auch der Islam zu Deutschland. Wir wollen islamische Gemeinschaften, die ihren Glauben als Teil der offenen Gesellschaft leben, mit Imamen und islamischen Religionslehrer*innen, die an deutschen Hochschulen ausgebildet worden sind. Islamische Gemeinschaften können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die
rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen: orientiert am religiösen Bekenntnis und nicht politisch oder sprachlich begründet. Sie können dann auch den Körperschaftsstatus erlangen und gegenüber den Kirchen gleichberechtigt werden. Die vier großen muslimischen Verbände DİTİB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, V.I.K.Z. erfüllen aus grüner Sicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen. Wenn sie sich
neu aufstellen, können sie zu islamischen Glaubensgemeinschaften in Deutschland werden. Es ist jedoch inakzeptabel, dass Verbände aus dem Ausland gesteuert und zu politischen Zwecken bis hin zu Spitzeltätigkeiten genutzt werden.

Endlich gleiche Rechte

Die Eingetragene Lebenspartnerschaft hat die Akzeptanz von Lesben und Schwulen deutlich gestärkt, sie aber rechtlich nicht gleichgestellt. Deutschland ist hier der Zeit hinterher.
Wir Grünen wollen die Ehe endlich für alle öffnen und gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption ermöglichen. Kinder aus allen Familienformen wollen wir gleichbehandeln und unterstützen.

Wir setzen uns für ein neues Transsexuellenrecht mit einfachen Verfahren zur Änderung des Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrages ein. Wir wollen auch sicherstellen, dass geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen intersexuellen Menschen
nur mit ihrer Einwilligung durchgeführt werden. Mit einem bundesweiten Aktionsplan für

Vielfalt und gegen Homo- und Transphobie wollen wir Forschung, Prävention, Aus- und Fortbildung bei Polizei und Justiz sowie für eine sensible Opferhilfe verbessern. Bildungs- und Jugendpolitik soll Menschenrechtsbildung sowie Themen wie die Vielfalt sexueller Identitäten stärker berücksichtigen. In den Landesregierungen haben wir hier auch gegen Widerstände klare Akzente gesetzt, zum Beispiel mit den Bildungsplänen zur sexuellen Vielfalt in Baden-Württemberg und in Hessen.

Barrierefrei und gleichberechtigt leben

Wir Grünen streiten für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt leben und teilhaben können. Jede und jeder soll die Unterstützung erhalten, die jeweils benötigt wird. Inklusion ist ein Menschenrecht. Das Bundesteilhabegesetz der Großen Koalition erfüllt diesen Anspruch noch nicht. Menschen mit Behinderungen erleben immer wieder Einschränkungen: auf dem Bahnhof, wenn Fahrstühle fehlen, wenn die Kosten für Gebärdensprachdolmetschung nicht übernommen werden oder bei der Wahl des Wohnortes. Wir wollen den Mehrkostenvorbehalt abschaffen und die Bedingungen für den Ausbau des selbständigen Wohnens mit Assistenz sowie des Betreuten Wohnens weiter verbessern. Integrationsunternehmen sollen ausgebaut werden als echte Alternativen zu den Werkstätten. Wer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten möchte, muss die dafür notwendige Unterstützung erhalten. Die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen muss endlich auch in Deutschland umgesetzt werden.

Für eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung setzt

Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik. Es ist längst klar, dass Kriminalisierung und Repression keine erfolgreichen Mittel gegen den Konsum und Missbrauch von Drogen sind. Die Ideologie geleitete Verbotstradition des Konsums von Cannabis verursacht mehr Probleme, als sie bekämpft. Statt sinnfreier Strafverfolgung, die zudem viele Millionen Euro kostet, setzen wir auf Prävention für Kinder und Jugendliche, eine Stärkung der Suchthilfe für Abhängige und eine strenge Regulierung von Cannabis für Erwachsene. Unser Cannabiskontrollgesetz weist den Weg, wie individuelle Freiheit für Erwachsene und strikter Jugendschutz in eine ausgewogene Balance gebracht werden können. Wir wollen einen Jugendschutz mit strengen Kontrollen, mehr Prävention und die Vermeidung von Gesundheitsrisiken für erwachsene Konsumenten durch Regulierung und Kontrolle der Qualität.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Gleiche Rechte für gleiche Liebe – jetzt Ehe für alle öffnen!

Ohne die volle Gleichstellung von homosexuellen Paaren bleibt jedes Reden über Toleranz heiße Luft. Für uns Grüne war es ein großer Erfolg, die eingetragene Lebenspartnerschaft einzuführen, aber noch sind wir nicht am Ziel. Noch immer bestehen Diskriminierungen. Wir wollen diese Ungleichbehandlung lesbischer und schwuler Partnerschaften beenden und – längst überfällig – die Ehe für alle Paare öffnen. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und gleiche Rechte.

Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen

Wir wollen die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen stärken. Dafür werden wir die
VN-Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzen. Wir wollen, dass es keine Sonderwelten
gibt, sondern Menschen mit und ohne Behinderung sich begegnen. Behinderte Menschen sollen freier darüber entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch darüber, welche Assistenz, Pflege oder pädagogische Unterstützung sie möchten. Damit Werkstätten für Behinderte nicht die einzige Arbeitsmöglichkeit sind, unterstützen wir Menschen mit Behinderungen besser bei Bildung, Ausbildung und Arbeit.

Klare Regeln schaffen statt kriminalisieren – Cannabiskontrollgesetz einführen

Für Anbau, Handel und Abgabe von Cannabis wollen wir ein klar geregeltes und kontrolliertes System schaffen. Dabei greifen – im Gegensatz zu heute – Verbraucher- und Jugendschutz sowie

Suchtprävention. Inhaltsstoffe sollen zukünftig überwacht und Altersbeschränkungen eingehalten werden. Der Verkauf von Cannabis soll unter strenger Wahrung des Jugendschutzes durch lizenzierte private Verkäuferinnen und Verkäufer erfolgen. So trocknen wir den Schwarzmarkt aus. Das entlastet Strafverfolgungsbehörden von zeitraubenden, kostspieligen und ineffektiven Massenverfahren. Therapie- und Hilfsangebote wollen wir bedarfsgerecht ausbauen.